SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Berliner Abgeordnetenhauswahlen 1979 bis 2001: keine Testwahlen für die Bundesebene

Gschwend, Thomas

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Gschwend, T. (2007). Berliner Abgeordnetenhauswahlen 1979 bis 2001: keine Testwahlen für die Bundesebene. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, *38*(3), 531-540. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-257905

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

litische Faktoren das Wahlverhalten dominieren. Für Bürger, deren Partei in Bund und Land die Opposition stellt, werden Wahlentscheidungen sehr stark von aktuellen landespolitischen Sachthemen geprägt. Auch der für alle Befragten beobachtete Anstieg der Bedeutung von Sachkompetenz fällt für diese beiden Gruppen besonders stark aus; bundespolitische Faktoren spielen hingegen keine Rolle.

4. Fazit: wenn überhaupt, dann Rückenwind vom Bund

(1) Die Parteibindungen sowie die landespolitischen Orientierungen der Hamburger Wähler waren seit 1978 deutlich zugunsten der SPD ausgeprägt. Mit dem Mehrheitsverlust der Sozialdemokraten 2001 hat sich dieses Bild zugunsten der CDU verändert.
(2) Über die Jahre nimmt die Bedeutung landespolitischer Themen und Personen zu, während langfristige Parteibindungen an Wichtigkeit verlieren.
(3) Der Einfluss der Bundespolitik auf das Verhalten bei Hamburger Bürgerschaftswahlen erweist sich als relativ gering. Dieser Befund geht konform mit den Einschätzungen der Wähler, die die Gründe für ihre Wahlentscheidungen ebenfalls dominant auf der Landesebene sehen.
(4) Parteibindungen fungieren als Filter für einen Einfluss der Bundespolitik auf das Wahlverhalten. Nur in den Fällen, in denen die präferierte Partei auf Bundesebene an der Regierung beteiligt ist, schlägt deren Bewertung auf das Wahlverhalten durch. Erfolge aufgrund bundespolitischen Rückenwindes sind damit bei Hamburger Bürgerschaftswahlen wahrscheinlicher als der umgekehrte Fall einer negativen Stimmungsbeeinflussung.

Berliner Abgeordnetenhauswahlen 1979 bis 2001: keine Testwahlen für die Bundesebene*

Thomas Gschwend

Kommentatoren schlüpfen bei der Bewertung von Landtagswahlen gern in die Rolle politischer Meteorologen und sprechen über „fehlenden Rückenwind“ oder „Gegenwind“ von der Bundesebene. Diese Aussage stützt sich in der Regel allerdings auf Vermutungen über die Wirkung bundespolitischer Einflüsse auf den Wählerentscheid bei Landtagswahlen, aber nicht auf eine systematische quantitative Analyse der vorhandenen Umfragedaten. In diesem Beitrag wird für das Bundesland Berlin versucht, diese Forschungslücke zu schlie-

* Für hilfreiche Kommentare möchte ich mich ganz herzlich bei *Marian Bohl*, *Oscar W. Gabriel*, *Kai-Uwe Schnapp, Suzanne S. Schüttemeyer* und *Kerstin Völkl* bedanken.

Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl), Heft 3/2007, S. 531 – 540

ßen. Dabei geht es um die Klärung zweier Fragen: (1) Spielte die Bundespolitik für den Ausgang der Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus eine Rolle? (2) Unter welchen Bedingungen wurden landes- und bundespolitische Akteure bei diesen Wahlen vom Souverän für ihr politisches Handeln verantwortlich gemacht?

1. Landtagswahlen im Mehrebenensystem

Die Antwort auf beide Fragen ist von großer Bedeutung für die Legitimation von Regierungshandeln, Politikformulierung und das Verständnis von Wahlen in Mehrebenensystemen. Manche Beobachter bewerten es nämlich als eine Schwäche der Demokratie in solchen Systemen, dass sie es den Wählern erschweren, die Zuständigkeiten für bestimmte politische Entscheidungen zu erkennen und die Entscheidungsträger bei Wahlen für ihre Handlungen und Unterlassungen zur Verantwortung zu ziehen. Maßgeblich für diese unklare Entscheidungssituation ist die Verflechtung von Verantwortlichkeiten im kooperativen Föderalismus. In ihm wirken Parlamentarier, Regierungsvertreter und Spezialisten aus verschiedenen Zweigen der Verwaltung des Bundes und der Länder bei der Vorbereitung, Entscheidung und Durchsetzung politischer Maßnahmen zusammen[1]. Unter diesen Voraussetzungen ist eine effektive demokratische Kontrolle der Regierten über die Regierenden, die als Basis einer output-orientierten Legitimität[2] politischer Entscheidungen gilt, nur schwer zu realisieren. Wahlen verlieren ihre Funktion als Kontrolle der Repräsentanten, wenn Verantwortung für die Ergebnisse der Regierungsarbeit nicht mehr klar zugeschrieben werden kann.

Im Gegensatz zu der vorherrschenden Forschungspraxis und den meisten Beiträgen zu diesem Themenkomplex in diesem Heft der ZParl wird im Folgenden nicht nur geprüft, ob, sondern auch unter welchen Bedingungen die Bundespolitik in einem Mehrebenensystem die Wählerentscheidung bei Landtagswahlen, hier den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus, beeinflusst.

2. Gibt es Bedingungen, unter denen Landtagswahlen Testwahlcharakter besitzen?

In der bisher veröffentlichten Literatur über den Einfluss der Bundespolitik auf das Wählervotum bei Landtagswahlen stehen sich zwei Lager gegenüber, die als Unitaristen und Föderalisten bezeichnet werden können. Auf der einen Seite heben die Unitaristen[3] auf den Testwahlcharakter von Landtagswahlen ab. Demnach findet dort eine Art „Pseudo-Plebis-

1 Vgl. *Arthur Benz*, Multilevel Governance – Governance in Mehrebenensystemen, in: *ders*. (Hrsg.), Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen, Wiesbaden 2004, S. 143.

2 Vgl. *Fritz W. Scharpf*, Legitimationskonzepte jenseits des Nationalstaats, in: *Gunnar Folke Schuppert / Ingolf Pernice / Ulrich Haltern* (Hrsg.), Europawissenschaft, Baden-Baden 2005, S. 705 – 741.

3 Vgl. zum Beispiel *Rainer Dinkel*, Der Zusammenhang zwischen Bundes- und Landtagswahlergebnissen, in: PVS, 18. Jg. (1977), S. 348 – 360; *Frank Decker / Julia von Blumenthal*, Die bundespolitische Durchdringung von Landtagswahlen. Eine empirische Analyse von 1970 bis 2001, in: ZParl, 33. Jg. (2002), H. 1, S. 144 – 164.

zit"[4] über die Politik der amtierenden Bundesregierung statt. Zwar werden die für diese Sichtweise maßgeblichen Annahmen oft nicht hinreichend genau formuliert; sie lassen sich aber wie folgt rekonstruieren: In ihren Wahrnehmungen und Bewertungen behandeln die Wähler die Bundesparteien und ihre Landesverbände als Einheit. Dementsprechend reagieren sie mit ihrem Votum bei Landtagswahlen auf die von der Bundespolitik ausgehende politische Großwetterlage.

Auf der anderen Seite stehen die Föderalisten[5], die die Annahme nicht teilen, dass die Wähler Landes- und Bundesparteien in ihren Beurteilungen gleichsetzen. Sie verweisen auf die Besonderheiten regionaler Kontexte und spezifischer Kompetenzprofile der Landesparteien beziehungsweise der Landesregierungen. Diese führen zu divergierenden Bewertungen der Akteure auf der Bundes- und Landesebene des politischen Systems. Landtagswahlen bilden demzufolge eine von der Bundesebene unabhängige Arena, in der die Landesparteien mit eigenständigen Personal- und Problemlösungsangeboten um die Gunst der Wählerschaft konkurrieren. Mit ihren programmatischen Angeboten reagieren die Landesparteien auf landesspezifische Problemlagen. Wenn sie dies – möglicherweise aus bundespolitischen Erwägungen – unterlassen, bildet sich ein Potenzial für Erfolge von Regionalparteien, die die auf dem Parteienmarkt entstandene Angebotslücke nutzen.

Nach den Annahmen der Föderalisten sind landesspezifische Einflussfaktoren wie die Zuweisung von Problemlösungskompetenz an die Parteien und die Präferenz für die Spitzenkandidaten im Lande maßgeblich für Wahlentscheidungen bei Landtagswahlen; die Bundespolitik muss in diesem Kalkül keine Rolle spielen. Die Unitaristen betonen dagegen die Dominanz des Einflusses der Bundespolitik auf das individuelle Wahlverhalten bei Landtagswahlen.

Wie aber lässt sich der Einfluss der bundespolitischen Großwetterlage auf das Entscheidungsverhalten der Bürger bei Landtagswahlen messen? Um bei meteorologischen Bildern zu bleiben: Bundespolitischer Sonnenschein herrscht, wenn die Arbeit der Bundesregierung positiv bewertet wird; der Durchzug eines bundespolitischen Tiefdruckgebietes schlägt sich in einer negativen Bewertung der Bundesregierung nieder. Die Popularität der Bundesregierung wird also als Indikator der bundespolitischen Großwetterlage benutzt. Demnach müssten negative Bewertungen der Bundesregierung die Anhänger der im Bund regierenden Parteien bei Landtagswahlen entweder zur Stimmenthaltung oder zur Wahl einer im Bund nicht an der Regierung beteiligten Partei veranlassen. Dagegen haben Sympathisanten der Oppositionsparteien im Bund oder parteipolitisch Ungebundene in dieser Situation einen Anreiz zur Wahlteilnahme und zum Votum für eine auf der Bundesebene in der Opposition befindliche Partei. In der gleichen Weise verhilft eine als populär eingeschätzte Bundesregierung den Landesverbänden der sie tragenden Parteien bei Landtagswahlen zu Rückenwind. Dies verringert zugleich die Erfolgschancen der Oppositionsparteien auf der Landesebene. Wie bei negativen Sanktionen werden diese Effekte entweder über die Wahl-

4 *Georg Fabritius*, Wechselwirkungen zwischen Landtagswahlen und Bundespolitik, Meisenheim am Glan 1978, S. 164.

5 Vgl. für Österreich: *Amir Abedi* / *Alan Siaroff*, The Mirror Has Broken: Increasing Divergence Between National and Land Elections in Austria, in: German Politics, 8. Jg. (1999), S. 207 – 228; für Deutschland: *Daniel Hough* / *Charlie Jeffery*, Landtagswahlen: Bundestestwahlen oder Regionalwahlen?, in: ZParl, 34. Jg. (2003), H. 1, S. 79 – 94; und für die Schweiz: *Peter Selb*, Multi-Level Elections in Switzerland, in: Swiss Political Science Review, 12. Jg. (2006), S. 1 – 27.

beteiligung oder über die Stimmenabgabe für Regierungs- oder Oppositionsparteien wirksam.

Allerdings sind die Entscheidungsstrukturen in einem Mehrebenensystem derart, dass sie nicht in jedem Falle diese Belohnungs- und Bestrafungseffekte auslösen. Deren Auftreten hängt vielmehr davon ab, wie leicht es den Wählern fällt, bestimmten Parteien die Verantwortung für die Ergebnisse der Regierungspolitik zuzuweisen. Dies ist vor allem dann möglich, wenn in Bund und Land dieselben Parteien die Regierung bilden. Unter dieser Voraussetzung können bundespolitische Einflussfaktoren ihre besondere Wirkung entfalten. Divergierende Regierungskonstellationen in Bund und Land schwächen dagegen bundespolitische Effekte ab oder bringen sie gänzlich zum Verschwinden. Können die Wähler im Mehrebenensystem nicht auf die Entscheidungshilfe identischer Mehrheitsverhältnisse auf den beiden Handlungsebenen des politischen Systems zurückgreifen, spielt die Bundespolitik für individuelle Wahlentscheidungen auf der Landesebene keine eigenständige Rolle.

Im konkreten Fall, der Analyse des Verhaltens bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus, wird untersucht, ob die Bereitschaft zur Stimmenabgabe für eine auf der Bundesebene regierende Partei maßgeblich davon abhängt, dass (1) auf der Bundes- und Landesebene dieselbe Partei oder Parteienkoalition die Regierung stellt und (2) wie die Bundesregierung von der Bevölkerung beurteilt wird. Dabei ist in der Argumentation eine starke Vereinfachung enthalten: Es wird unterstellt, dass nur die jeweilige Regierungskoalition im Bund für die Bundespolitik verantwortlich ist. Faktisch regieren die Länder jedoch über den Bundesrat in vielen Bereichen mit. Es ist aber fraglich, wie weit die Wähler die Funktionsweise des föderalen Systems verstehen und sie in ihre Entscheidung bei Landtagswahlen einbeziehen. Solange die Arbeit und Zusammensetzung des Bundesrates nicht als bekannt vorausgesetzt werden kann, scheint die hier vorgenommene Vereinfachung gerechtfertigt.

3. Individuelle Determinanten der Wahlentscheidung

Die Entscheidungen der Bürger bei Abgeordnetenhauswahlen über Parteien, die gerade im Bund regieren, sollten nach allem, was man aus der politischen Soziologie weiß, durch so genannte Voreinstellungen zugunsten einer der Parteien der Bundesregierung und des jeweiligen Spitzenkandidaten für das Amt des Regierenden Bürgermeisters bestimmt sein. Darüber geben die in Tabelle 1 zusammengestellten Daten, die aus Umfragen vor den acht Abgeordnetenhauswahlen zwischen 1979 und 2001 stammen[6], Auskunft. Zu beachten ist dabei, dass die Angaben sich auf alle Befragten und nicht nur auf Wähler beziehen, wie das sonst bei Wahlergebnissen üblich ist. Die Zustimmungsraten bei Abgeordnetenhauswahlen für die Parteien der Bundesregierung sind natürlich höher und mit den Endergebnissen der Wahlen vergleichbar, wenn man auf Wähler anstatt auf alle Befragten prozentuiert. Gerade bei Nebenwahlen kann die Frage, wer überhaupt daran teilnimmt, bereits wahlentscheidend sein. Nichtwähler sollten daher nicht a priori von der Analyse ausgeschlossen werden.

6 Im Einzelnen wird ein kombinierter Datensatz Berliner Befragter verwendet, bestehend aus den folgenden Studien, die im ZA in Köln erhältlich sind: ZA2312, ZA2313, ZA1465, ZA1766, ZA2297, ZA2649, ZA3894 sowie ZA3862.

Die Wahlabsicht schwankte zwischen 20 Prozent aller Befragten 1990 bis zu 44 Prozent aller Befragten 1985, die sich für eine Partei der Bundesregierung (in diesen Fällen: CDU beziehungsweise FDP) aussprachen.

Tabelle 1: Einstellungen Berliner Befragter zur Wahlabsicht bei Abgeordnetenhauswahlen für Parteien der Bundesregierung sowie entsprechende Partei- und Kandidatenpräferenzen, 1979 bis 2001 (Angaben in Prozent)

	Jahr der Abgeordnetenhauswahl							
	1979	1981	1985	1989	1990	1995	1999	2001
Parteien der Bundesregierung	SPD FDP	SPD FDP	CDU FDP	CDU FDP	CDU FDP	CDU FDP	SPD Grüne	SPD Grüne
Wahlabsicht für eine Partei der Bundesregierung[a]	38	33	44	28	20	31	27	38
entsprechende Parteipräferenz[b]	64	42	48	46	20	43	31	49
entsprechende Kandidatenpräferenz[c]	38	55	58	64	15	54	21	61

[a] Die gängige Wahlabsichtsfrage in Vorwahlumfragen wurde für die Konstruktion der Variable Wahlabsicht unterschieden, ob Befragte eine Wahlabsicht für eine Partei der Bundesregierung statt einer anderen Partei angeben oder gar nicht wählen gehen.

[b] Auf das Vorliegen einer eindeutigen Parteipräferenz für eine Partei der amtierenden Bundesregierung wurde geschlossen, wenn aus einem der folgenden drei Kriterien (in absteigender Relevanz) eine Entscheidung für eine Präferenz zugunsten der CDU, SPD, FDP, Grüne (Alternative Liste) oder PDS getroffen werden konnte: (1) Vergleich der Parteiskalometer, (2) Parteienranking, (3) Erinnerung an Wahlentscheidung bei der letzten Abgeordnetenhauswahl.

[c] Auf das Vorliegen einer entsprechenden Kandidatenpräferenz wurde geschlossen, wenn aus einem der folgenden drei Kriterien (in absteigender Relevanz) eine Entscheidung für oder gegen den Spitzenkandidaten der den Bundeskanzler stellenden Partei getroffen werden konnte: (1) Frage nach dem bevorzugten Regierenden Bürgermeister, (2) Vergleich der Kandidatenskalometer, (3) offene Frage nach dem bevorzugten Regierenden Bürgermeister.

Quelle: Eigene Berechnung basierend auf Umfragedaten: ZA2312, ZA2313, ZA1465, ZA1766, ZA2297, ZA2649, ZA3894, ZA3862.

Befragte, die eine der beiden im Bund regierenden Parteien am meisten präferierten, unterstützten diese bei Abgeordnetenhauswahlen nicht automatisch. Hier kann man von einem Mobilisierungsdefizit sprechen, das am deutlichsten für die Parteien der sozial-liberalen Koalition bei der Abgeordnetenhauswahl 1979 zu Tage trat. Obwohl fast zwei von drei Befragten (64 Prozent) entweder die SPD oder die FDP am stärksten bevorzugten, beabsichtigten doch nur 38 Prozent, eine dieser Parteien zu wählen. Bedeutende Mobilisierungsdefizite gab es auch auf Seiten der CDU beziehungsweise FDP bei der Abgeordnetenhauswahl 1989. Während immerhin 46 Prozent aller Befragten diesen am meisten zuneigten, gaben nur 28 Prozent an, für die Christdemokraten beziehungsweise Freidemokraten stimmen zu wollen. Bereits ein Jahr später konnten CDU und FDP aber ihr Potenzial voll ausschöpfen: Wahlabsicht und Parteipräferenz sind zahlenmäßig identisch. Interpretiert man den Erfolg bei der Vereinigungswahl als einen Neuanfang für die schwarz-gelbe Bundesregierung, scheint es fast so, dass Parteien es umso schwerer haben, bei Landtagswahlen ihre Anhängerschaft an die Wahlurne zu bringen, je länger ihre Regierungskoalition im Amt ist. Das Mobilisierungsdefizit könnte somit ein Mechanismus auf der Individual-

ebene für den Abnutzungseffekt von Regierungsbündnissen sein, der auch zur Erklärung von Bundestagswahlen herangezogen wird.[7]

Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn man den Anteil der Befragten betrachtet, der den Spitzenkandidaten der den Bundeskanzler stellenden Partei als Regierenden Bürgermeister präferiert. Auch hier bekunden in der Regel mehr Befragte eine entsprechende Kandidatenpräferenz als die Absicht, für eine der Parteien der Bundesregierung bei einer Abgeordnetenhauswahl zu stimmen. Weniger hilfreich für das Wahlergebnis dürften somit die Kandidaturen von *Eberhard Diepgen* (CDU) 1990 und *Walter Momper* (SPD) 1999 gewesen sein. Der Anteil der Befragten, die sich diese Kandidaten als Regierenden Bürgermeister wünschten, blieb mit 15 Prozent (*Diepgen*) beziehungsweise 21 Prozent (*Momper*) sogar deutlich hinter jenen zurück, die sich bei der Abgeordnetenhauswahl für eine Partei der Bundesregierung aussprachen.

4. Kontextspezifische Determinanten der Wahlentscheidung

Neben individuellen Voreinstellungen, die gerade auch landesspezifisch sein können und in jede Analyse einbezogen werden sollten, spielt für das Wahlverhalten im Lande die politische Großwetterlage eine Rolle. Des Weiteren dürfte der Einfluss der Bundespolitik davon abhängen, wie leicht es Wählern fällt, entsprechende Landesparteien für die allgemeine Bewertung der Bundespolitik verantwortlich zu machen.

Die politische Großwetterlage sollte sich in der veröffentlichten Meinung beziehungsweise in der Berichterstattung über Bundespolitik vor einer Wahl widerspiegeln, so dass sich die Wähler ein Urteil bilden können.[8] Ereignisse können sich entweder positiv, neutral oder negativ auf die Wahlchancen einer Partei der Bundesregierung auswirken. Darüber hinaus dürfte die Häufigkeit, mit der über ein Ereignis berichtet wird, für die Bewertung der Regierungsarbeit von Bedeutung sein: Themen, die in den Medien präsent sind und die Parteien der Bundesregierung betreffen, sollten als Bewertungskriterium für die Wählerschaft leichter zur Verfügung stehen und somit stärker die Popularität der Bundesregierung beeinflussen. Da die Berliner in der Regel in Vorwahlumfragen nicht direkt zur Popularität der Bundesregierung befragt wurden, ist für die empirische Überprüfung dieser Überlegungen ein über die Zeit vergleichbarer Index aus den Daten zu politischen Ereignissen konstruiert worden.[9]

7 Vgl. *Thomas Gschwend* / *Helmut Norpoth*, Prognosemodell auf dem Prüfstand: Die Bundestagswahl 2005, in: PVS, 46. Jg. (2005), S. 682 – 688; *dies.*, ‚Wenn am nächsten Sonntag ...': Ein Prognosemodell für Bundestagswahlen, in: *Hans-Dieter Klingemann* / *Max Kaase* (Hrsg.), Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998, Wiesbaden 2001, S. 473 – 499.

8 Die Rohdaten zu politisch relevanten Ereignissen sind im Rahmen des DFG-Projekts „Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlen" von *Kai-Uwe Schnapp* und Kollegen basierend auf inhaltsanalytisch ausgewerteten Artikeln in Tageszeitungen (FAZ und SZ) dankenswerterweise bereitgestellt worden. Vgl. dazu auch den Beitrag von *Evelyn Brislinger* in diesem Heft der ZParl.

9 Vgl. zur genauen Konstruktion und einer externen Validierung: *Thomas Gschwend*, Abgeordnetenhauswahlen sind keine Bundestagswahlen. Ein Erfahrungsbericht aus Berlin, in: *Kerstin Völkl* / *Kai-Uwe Schnapp* / *Oscar W. Gabriel* / *Everhard Holtmann* (Hrsg.), Wähler und Landtagswahlen in der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 2007 (i.E.).

Tabelle 2: Popularität der Bundesregierung als kontextspezifische Determinante individueller Wahlentscheidungen für Berliner Abgeordnetenhauswahlen, 1979 bis 2001

	Abgeordnetenhauswahl							
	1979	1981	1985	1989	1990	1995	1999	2001
Regierungspopularität	0,3	1,4	0	-2,9	0,5	0	-5,2	-0,5

Für jede Partei der Bundesregierung wird die erwartete Wirkungsrichtung eines Ereignisses auf der Bundesebene mit der Intensität (Logarithmus der absoluten Nennungshäufigkeiten) der Berichterstattung gewichtet, für alle Parteien der Bundesregierung gemittelt und jahresweise aufsummiert, um schließlich jährlich variierende Popularitätswerte der Bundesregierung zu erhalten. Da die Intensität der Berichterstattung über ein Ereignis theoretisch nicht beschränkt ist, ist die Skala des Indexes ebenfalls nicht beschränkt.
Quelle: Eigene Berechnung basierend auf dem Ereignisdatensatz des DFG-Projekts „Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlen".

Die Popularität der Bundesregierung war in Berlin einigen Schwankungen ausgesetzt (vgl. Tabelle 2), wobei positive Bewertungen auf entsprechend positive Berichterstattung zurückzuführen ist. Während die Arbeit der sozial-liberalen Bundesregierung vor der Abgeordnetenhauswahl 1981 besonders gut bewertet wurde (1,4), bekam die rot-grüne Bundesregierung vor der Abgeordnetenhauswahl 1999 besonders schlechte Noten ausgestellt (-5,2).

Allerdings, so wird vermutet, müsste der Einfluss der Bundespolitik, gemessen durch den konstruierten Popularitätsindex, nicht nur in der entsprechenden Regierungsbewertung Ausdruck finden. Er müsste größer werden, wenn es den Wählern leicht fiele, die Verantwortlichkeit für die Regierungsleistungen bestimmten Parteien zuzurechnen. Diese

Tabelle 3: Überblick über die Zurechenbarkeit von Regierungsleistungen, amtierende Regierungskoalitionen und Spitzenkandidaten bei Berliner Abgeordnetenhauswahlen, 1979 bis 2001

Zurechenbarkeit		amtierende Regierungskoalition (vor der Wahl)		Spitzenkandidaten	
		Bund	Berlin	CDU	SPD
1979	einfach	SPD-FDP	SPD-FDP	*v. Weizsäcker*	*Stobbe*
1981	einfach	SPD-FDP	SPD-FDP	*v. Weizsäcker*	*Vogel*
1985	einfach	CDU-FDP	CDU-FDP[a]	*Diepgen*	*Apel*
1989	einfach	CDU-FDP	CDU-FDP	*Diepgen*	*Momper*
1990	schwerer	CDU-FDP	SPD/SPD-CDU[b]	*Diepgen*	*Momper*
1995	schwerer	CDU-FDP	CDU-SPD	*Diepgen*	*Stahmer*
1999	schwerer	SPD-Grüne	CDU-SPD	*Diepgen*	*Momper*
2001	schwerer	SPD-Grüne	CDU-SPD/SPD-Grüne[c]	*Steffel*	*Wowereit*

[a] seit 1983, vorher Minderheitsregierung CDU.
[b] Westen: Minderheitsregierung der SPD, bis zwei Wochen vorher Koalition mit Alternative Liste (Grüne); Osten: SPD-CDU-Koalition nach der ersten freien Kommunalwahl der DDR vom 6. Mai 1990.
[c] Minderheitsregierung aus SPD-Grüne mit PDS-Tolerierung (Juni bis November 2001) nach Scheitern einer CDU-SPD-Koalition (bis Juni 2001) als eigentlichem „politischem" Amtsinhaber für diese Wahl.
Quelle: Eigene Zusammenstellung.

elektoralen Folgen der Politikverflechtung sollten besonders deutlich zu Tage treten, wenn die Regierungskoalitionen im Land und im Bund von denselben Parteien gestellt werden.

Die Landtagswahlen 1979 und 1981 fielen in die Zeit, als die Bonner sozial-liberale Koalition die Bundespolitik bestimmte. Die darauf folgenden vier Abgeordnetenhauswahlen, 1985 bis 1995, fanden statt, als CDU/CSU und FDP im Bund regierten. Einer rot-grünen Bundesregierung sahen sich die Berliner bei den Wahlen 1999 und 2001 gegenüber (vgl. Tabelle 3). Der Stadtstaat erlebte unterdessen ebenfalls mehrere Regierungswechsel. Für die Frage der Zurechenbarkeit der Regierungsleistung ist es entscheidend, welche Koalitionen zum Zeitpunkt der Wahl von den Wählern politisch verantwortlich gemacht werden. Das ist nicht ein Bündnis, das nur formal (wie zum Beispiel 2001 die Minderheitsregierung aus SPD und Grünen) die Regierungsgeschäfte bis zum Wahltag geführt hat, sondern diejenige Koalition, über deren Arbeit in den Augen der Wählerschaft abgestimmt wird. So zeigt sich, dass die Zurechenbarkeit für alle Wahlen vor der Wende einfacher für die Wähler zu bewerkstelligen gewesen sein müsste, weil in Bund und Land dieselben Parteien regierten, während es in allen Abgeordnetenhauswahlen seit 1990 schwerer gewesen sein dürfte, politische Verantwortung präzise zuzuschreiben.

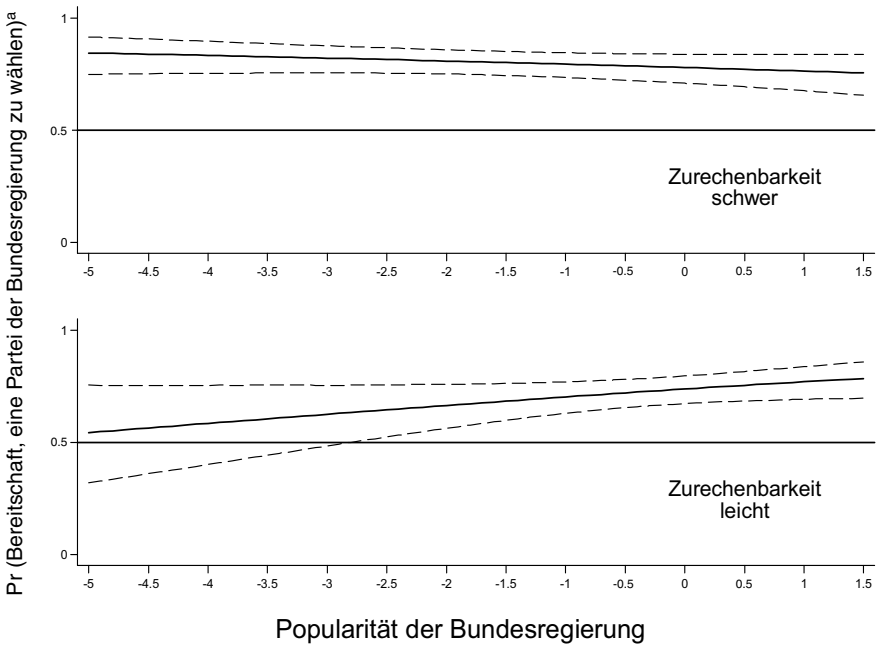
5. *Zur Rolle der Zurechenbarkeit von Regierungsleistungen für individuelle Wahlentscheidungen*

Ist der Einfluss der Bundespolitik auf individuelle Wahlentscheidungen abhängig von der Zurechenbarkeit der Regierungsleistungen? Um diese Frage zu klären, soll systematisch die Bereitschaft von Bürgern, bei Abgeordnetenhauswahlen einer Partei der Bundesregierung ihre Stimme zu geben, betrachtet werden. Dazu werden potenzielle Einflüsse entsprechender Kandidaten- und Parteipräferenzen herausgerechnet, weil diese unabhängig von der politischen Großwetterlage existieren müssten. Von Interesse ist insbesondere der Einfluss der Bundespolitik, der nach Situationen unterschieden wird, in denen die Zurechenbarkeit von Regierungsleistungen leicht fallen müsste, also bei Abgeordnetenhauswahlen vor der Wende, und solchen, in denen sich die Zurechenbarkeit schwieriger gestalten müsste.[10]

Der obere Kurvenverlauf widerspricht den Vorstellungen der Unitaristen, wonach die Bundespolitik die Wahlentscheidungen bei Landtagswahlen beeinflusst. Er zeigt vielmehr genau das Gegenteil: Die Bereitschaft, bei Berliner Abgeordnetenhauswahlen eine Partei der Bundesregierung zu wählen, ist praktisch unabhängig davon, ob die Regierungspopularität sehr hoch oder sehr niedrig ist. Die entsprechende Kurve verläuft weitestgehend waagerecht. Wenn, wie hier, individuelle Voreinstellungen in Form von Kandidaten- und Parteipräferenzen kontrolliert werden, entfaltet der Popularitätswert der Bundesregierung keine Wirkung auf die Absicht der Berliner, eine Partei der Bundesregierung zu wählen. Der obere Teil der Abbildung sagt zwar mit Werten sämtlich oberhalb des Schwellenwertes ein entsprechendes Wahlverhalten voraus, aber – wie der waagerechte Verlauf der Kurve zeigt – ist dies nicht der Popularität der Bundesregierung geschuldet. Dieses Ergebnis gilt aber

10 Zur Schätzung der individuellen Bereitschaft, eine Partei der Bundesregierung bei Abgeordnetenhauswahlen zu wählen, anstatt sich für eine andere Partei zu entscheiden oder gar nicht zur Wahl zu gehen, wird eine random-effects Probit-Regression verwendet. Eine detaillierte Dokumentation der Analyseergebnisse findet sich in *Thomas Gschwend*, a.a.O.

Abbildung 1: Einfluss der Bundespolitik in Abhängigkeit von der Zurechenbarkeit der Verantwortung für Regierungsleistungen bei Berliner Abgeordnetenhauswahlen, 1979 bis 2001



——— vorhergesagte Wahlbereitschaft
- - - - - 95 Prozent-Konfidenzintervalle

[a] Individuelle Voreinstellungen in Form von Parteien- beziehungsweise Kandidatenpräferenzen für die Wahl einer Partei der Bundesregierung sind dadurch kontrolliert, dass sie für alle Schätzungen denselben Wert aufweisen. Für diese Abbildung wird das Wahlverhalten von Befragten dargestellt, die sowohl eine Parteipräferenz für eine Partei der Bundesregierung als auch eine entsprechende Kandidatenpräferenz aufweisen. Für andere Werte der Partei- beziehungsweise Kandidatenpräferenzen ergeben sich entsprechend andere Kurven, ohne jedoch zu grundlegend anderen Ergebnissen zu kommen.

Lesehilfe: Liegen die Wahlbereitschaften samt ihrer Unsicherheitsbereiche über dem Schwellenwert von 0,5, ist eine Wahlentscheidung zugunsten einer Partei der Bundesregierung wahrscheinlicher. Umgekehrt wird die Wahl einer anderen Partei beziehungsweise eine Wahlenthaltung vorhergesagt, wenn die Wahlbereitschaft samt ihrer Unsicherheitsbereiche unterhalb des Schwellenwerts von 0,5 liegt.

Quelle: Eigene Berechnungen.

nur für den Fall, dass die Regierungen in Bund und Land von unterschiedlichen Parteien getragen werden, wie es seit der 1990er Wahl der Fall war.

Ändert sich die Kontextbedingung dahingehend, dass nun die Zurechenbarkeit der Regierungsleistungen leichter fällt, also Bundes- und Landesregierung wie bis zur Vereinigungswahl in Berlin von gleicher politischer Couleur sind, dann erhält man eine Situation, wie sie die Unitaristen prinzipiell erwarten würden. Der ansteigende Kurvenverlauf zeigt: Je populärer eine Bundesregierung ist, desto höher steigt auch die Bereitschaft der Befragten, für eine der Regierungsparteien im Bund zu stimmen. Interessanterweise haben Befragte, die den entsprechenden Kandidaten der den Bundeskanzler stellenden Partei sowie eine der Regierungsparteien des Bundes präferieren, immer noch eher die Absicht, eine Partei der

Bundesregierung zu wählen, selbst wenn die Bundesregierung relativ unpopulär ist, das heißt mit einem Wert von bis zu -2,5 benotet wird. Zudem hebt die Wirkung der Bundespolitik nicht die Einflüsse individueller Wahlentscheidungen auf. Extrem unpopuläre Bundesregierungen können immer noch auf gewisse Unterstützung bei Abgeordnetenhauswahlen bauen, weil die aufgrund des Schätzmodells vorhergesagten Wahlbereitschaften zugunsten dieser Parteien niemals eindeutig unter den Schwellenwert von 0,5 fallen. Das wäre nicht der Fall, wenn der Einfluss der Bundespolitik alle anderen Einflussfaktoren der Wahlentscheidung wie Kandidaten- und Parteipräferenzen dominierte.

Alle bisherigen Überlegungen beruhen auf der Annahme eines direkten Einflusses der Bundespolitik auf individuelles Wahlverhalten. Mit der derzeitigen Datenlage kann allerdings nicht abschließend geklärt werden, inwiefern die Bundespolitik systematisch individuelle Voreinstellungen beeinflussen kann. Geschieht dies, müsste der Effekt der Bundespolitik tatsächlich höher veranschlagt werden.

6. Zusammenfassung

(1) Es gibt elektorale Folgen der Politikverflechtung in Mehrebenensystemen. Der Einfluss der Bundespolitik ist nicht per se gegeben, sondern abhängig davon, wie leicht Wähler die jeweilige Bundesregierung für ihre Handlungen und Unterlassungen zur Verantwortung ziehen.

(2) Die politische Farbenlehre gleicher Regierungen im Bund wie im Land bietet den Wählern eine handhabbare Entscheidungshilfe, um ihre Bewertungen der Regierungsarbeit in ihr Stimmverhalten einfließen zu lassen.

(3) Ist die politische Verantwortlichkeit in den Augen der Wählerschaft leicht zuzurechnen, sind also die Regierungsparteien im Bund und in Berlin identisch, macht es einen Unterschied für individuelle Wahlentscheidungen, ob die Bundesregierung populär ist oder nicht. Können Wähler im Mehrebenensystem diese Zurechnung nur schwer vornehmen, dann spielt die Bundespolitik, gemessen an der Popularität der Bundesregierung, für individuelle Wahlentscheidungen keine Rolle.

(4) Bei Berliner Abgeordnetenhauswahlen ist der direkte Einfluss der Bundespolitik im Allgemeinen nicht stark, vor allem nicht im Vergleich zu individuellen Einflussfaktoren wie Partei- und Kandidatenpräferenzen. Dieses Ergebnis ändert sich selbst unter den denkbar günstigsten Bedingungen nicht, nämlich wenn die Regierungen im Bund und im Land von gleicher politischer Couleur sind. Abgeordnetenhauswahlen können somit nicht als Testwahlen für die Bundesebene bezeichnet werden.